

bei der Polizei angezeigt. Bei rund 21 000 Crashes kamen 2017 Menschen zu Schaden, bei den übrigen blieb es bei Sachschäden.

Mehr als die Hälfte aller Unfälle mit Toten und Verletzten gehen nach den Worten von Münch auf drei Ursachen zurück: zu geringer Sicherheitsabstand, missachtete Vorfahrt und zu hohe Geschwindigkeit.

Um besonders an gefährlichen Stellen Raser zur Verantwortung ziehen zu können, hat inzwischen jedes Polizeipräsidium Blitzer-Anhänger, die unkompliziert ihren Einsatzort wechseln.

Offene Geschäfte in Darmstadts Zentrum

DARMSTADT (lhe). Eine zweitägige Open-Air-Ausstellung zu Mobilität und Verkehr mit bis zu 50 Ausstellern ist der Anlass: Die Einzelhändler in der Darmstädter Innenstadt dürfen an diesem Sonntag ihre Geschäfte öffnen – von 13 bis 18 Uhr. Der Veranstalter der „Mobilitätsausstellung“, der innerstädtische Gewerbeverein Citymarketing, muss nicht mit einer Klage der „Allianz für den freien Sonntag“ rechnen.

Die Stadt habe nach früheren Klagen „den Öffnungsradius derart verkleinert, dass wir nicht dagegen klagen brauchen“, sagte Horst Gobrecht von der Gewerkschaft Verdi. Es gehe der Allianz darum, gegen die ausufernde Interpretation des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes vorzugehen. Es erlaubt Gemeinden anlässlich von Märkten, Messen, Festen oder ähnlichen Veranstaltungen bis zu vier verkaufsoffene Sonntage pro Jahr. Nachdem die Verwaltungsgerichte mehrere verkaufsoffene Sonntage kurzfristig verboten hatten, verzichteten Städte wie Frankfurt und Hanau 2018 in diesem Jahr ganz auf verkaufsoffene Sonntage.

„Die alte Deponiegesellschaft wird es nicht mehr geben“

Ein Gutachten zeigt auf, der Rhein-Main-Deponie GmbH fehlen 117 Millionen Euro / Sanierungspaket notwendig

bie. FLÖRSHEIM. Die in wirtschaftliche Schieflage geratene Rhein-Main-Deponie GmbH (RMD) der beiden Landkreise Hochtaunus und Main-Taunus benötigt in den nächsten zehn Jahren insgesamt 117 Millionen Euro, damit sie sich weiterhin um die Nachsorge und Bewirtschaftung der Deponien in Flörsheim-Wicker und Brandholz bei Usingen kümmern kann. Das ist das Ergebnis eines Sanierungsgutachtens, das der Aufsichtsratsvorsitzende Uwe Kraft, Erster Beigeordneter des Hochtaunuskreises, und Main-Taunus-Landrat Michael Cyriax (beide CDU) als sein Stellvertreter gestern präsentiert haben. Den allergrößten Teil der Summe, nämlich 75 Millionen Euro, soll das Unternehmen durch ein Sanierungspaket selbst aufbringen. 40 Millionen Euro müssen die beiden Kreise als Gesellschafter bis 2027 bereitstellen, das sind für jeden Kreis zwei Millionen Euro im Jahr. Darin seien aber die zwölf Millionen Euro enthalten, die man bis einschließlich 2018 schon zugesagt habe, so Kraft. Der zusätzliche Bedarf belaufe sich auf 28 Millionen Euro.

Die gesamte RMD-Gruppe war von dem Beratungsunternehmen Ebner Stolz untersucht worden. Der Gutachter habe zwar eine drohende Liquiditätskrise, aber „keine aktuelle Insolvenzreife“ ausgemacht, sagte RMD-Geschäftsführer Mathias Bausback. „Wir haben Zeit, das Ruder herumzureißen.“ Für das auf zehn Jahre angelegte Sanierungsprogramm sollen Immobilien wie der Reiterhof Falkenberg verkauft werden, die nicht für den Deponiebetrieb nötig sind. Von einem Verwaltungsgebäude will sich die RMD ebenfalls trennen, denn auch Personalabbau ist vorgesehen. Mehr als 60 der 160 Stellen sollen im Lauf der Jahre ohne Entlassungen wegfallen. Dabei setze man auf Fluktuati-

on und Rente, sagte Bausback. Er hatte voriges Jahr den aus Altersgründen ausgeschiedenen Gerd Mehler abgelöst.

Um zusätzliche Einnahmen zu erzielen, sollen die Preise erhöht werden. Der Preis für die Anlieferung einer Tonne mineralischer Stoffe, also aufbereiteter Schlacke aus der Müllverbrennung, Erdaushub oder Bauschutt, soll von derzeit 18 auf 30 Euro steigen. Bei Bioabfällen sei der Preis schon zum 1. Januar erhöht worden, sagte Bausbacks Geschäftsführerkollege Markus Töpfer. Für den Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis werde sich dies nicht auf die Gebühren auswirken. Mehr zahlen müssten allerdings die weiteren Anlieferer, die Stadt Wiesbaden und der Kreis Groß-Gerau kamen bisher günstiger weg.

Zu den von Bausback genannten „strategischen Maßnahmen“ gehört die Eingliederung der Tochtergesellschaften Main-Taunus Recycling (MTR) und Rhein-Main Deponienachsorge (RMN). Künftig gebe es nur noch die RMD, sagte der Geschäftsführer. Um die MTR auflösen zu können, sollen den Minderheitsgesellschaftern Flörsheim und Hochheim die Grundstücke angeboten werden, die sie ursprünglich eingebracht hatten. „Aus drei Gesellschaften wird eine“, sagte Landrat Cyriax. „Die alte RMD wird es so nicht mehr geben.“ Bei den Ursachen für die Schwierigkeiten wies Kraft auf die Zinsentwicklung hin. Die zugesagte Verzinsung der Nachsorgerückstellungen sei nicht zu erwirtschaften.

Cyriax legte den Fokus hingegen auf „Fehler und schlechtes Deponiemanagement“. Der gravierendste Vorwurf betrifft die Verfüllung von Flächen, die noch nicht vom Regierungspräsidium genehmigt waren. „Tausende Kubikmeter liegen da, wo sie nicht hingehören“, sagte der Landrat. Mit der angemessenen Menge seien aber schon Millionenumsätze erzielt worden. „Wir werden möglichen Pflichtverstößen nachgehen“, kündigte er an. Außerdem sei zu prüfen, warum Preisanpassungen nicht schon früher vorgenommen worden seien. Denn es gebe in ganz Hessen zu wenig Deponieraum für Erdaushub. Kraft gab sich in seinem Urteil weit weniger streng. Was die letztlich illegal verfüllten Flächen angehe, so sei es im Tagesgeschäft schwierig, zwei bis fünf Jahre auf eine Genehmigung des Regierungspräsidiums warten zu müssen, sagte der Erste Kreisbeigeordnete.

Die Rhein-Main-Deponie GmbH soll sich künftig auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Das ist neben der Verwertung von Bioabfällen und der Aufbereitung von Biogas die Verfüllung mineralischer Stoffe. Allerdings sind die Kapazitäten endlich: In Wicker können nach jetzigem Genehmigungsstand noch 1,1 Millionen Tonnen angenommen werden, in Brandholz 360 000 Tonnen. Das reicht bis zum Jahr 2024. Dazu müssen nach Worten Töpfers in Wicker der Wertstoffhof, die Altholzaufbereitung und die Schlackeaufbereitung weichen. „Wir suchen an beiden Standorten nach zusätzlichen Kapazitäten“, sagte der Geschäftsführer. Wenn die Verfüllung 2024 abgeschlossen sei, bedeute das eine Zäsur, lautete die Bewertung des Aufsichtsratsvorsitzenden Kraft. Vor allem, wenn sich keine neuen Geschäftsfelder fänden.



Teil des Problems: Die Bauschutt-Deponie in Flörsheim-Wicker

Foto Cornelia Sick

FAL 24.3.2018